

EINBLICK

zur Bundestagswahl 2017

vom Friedenskreis
Offenbach e.V.
www.ak-frieden.de



Die Bundestagswahl am 24. Sept. wirft Fragen an die Parteien auf:

Friedenspolitisch: Werden wir eine weitere Militarisierung der Außenpolitik erleben? Werden NATO-Staaten eine Politik der Intervention weiter verfolgen? Wird die Bundeswehr zu weiteren militärischen Einsätzen im Ausland abkommandiert? Wird der Konflikt mit Russland weiter angeheizt werden?

Sozialpolitisch: Wird die Schere zwischen Reich und Arm weiter auseinandergehen? Werden Reiche auch in Zukunft reicher und Arme ärmer? Was ist wichtiger: Dass es den Menschen gut geht oder nur den Konzernen?

Zu solchen und ähnlichen Fragen lädt der Friedensarbeitskreis am 30. August in den Kultursaal in Offenbach ein.

 Bundestagswahl 2017
24. September 2017

Frieden und soziale Gerechtigkeit ?

Podiumsdiskussion in Offenbach
(mit Kandidaten zur Bundestagswahl)

Mittwoch, 30. August, 19 Uhr
im Kultursaal, Hauptstraße 11

Teilnehmer:

Simon Bludovsky (Linke)
Mario Brandenburg (FDP)
Thomas Hitschler (SPD)
Dr. Tobias Lindner (Grüne)
Dietmar Seefeldt (CDU)

Eintritt frei

Moderator: Ralf Köhler Gewerkschaftssekretär (IG Metall)

Veranstalter: AK Frieden e.V., Mühlstraße 12, 76879 Essingen

Friedenskreis Offenbach erstellt Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl

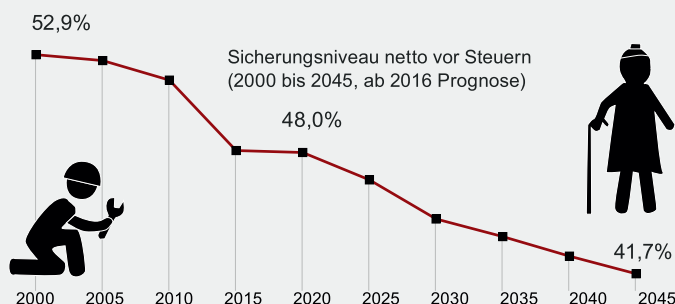
Podiumsdiskussion in Offenbach mit Südpfälzer Bundestagskandidaten

Wir wollen unsere Bundestagskandidaten zu den wichtigen Themen wie Frieden und soziale Gerechtigkeit konkrete Fragen stellen. Etwa zur künftigen Ausgestaltung der Rentenversicherung, zur Finanzierung des Gesundheitswesens. Aber auch zur künftigen Besteuerung der Einkommen und Vermögen.

Zu unserem Bedauern kann der CDU-Kandidat Thomas Gebhardt aus Termingründen an unserer Veranstaltung nicht teilnehmen. Wir hätten unsere Fragen gerne auch an ihn gerichtet. Allerdings hat sich der künftige Landrat Dietmar Seefeldt (CDU) bereit erklärt, seine Partei bei dieser Diskussion zu vertreten.

Rentenniveau in Deutschland

Das Rentenniveau (Sicherungsniveau vor Steuern) beschreibt das Verhältnis von Durchschnittseinkommen und Standardrente (45 Entgeltunkte). Bis 2045 könnte es auf nur noch 41,7 Prozent absinken.



Wie stehen die Kandidaten zur drastischen Erhöhung des Wehretats? Sollen Konflikte künftig eher militärisch oder diplomatisch gelöst werden? Wie stehen die Kandidaten zum Ausbau der Gefahrstofflager der US-Armee in Germersheim von 70 auf 1900 Tonnen? Sollen weiterhin völkerrechtswidrige Drohneinsätze von Ramstein aus geleitet werden?

Arbeitskreis Frieden & Abrüstung Offenbach e.V.



Gegründet 1982

- ein Projekt von Offenbacherinnen und Offenbachern
- mit Aktionen, Mahnwachen und Informationen
- gegen den Lärm der Tiefflieger
- gegen den Wahnsinn des Rüstungswettlaufes der 80iger Jahre und als Teil der Friedensbewegung

Seit Beginn der 90iger Jahre

- mit Initiativen gegen Rassismus
- für soziale Gerechtigkeit
- durch Konzertveranstaltungen Spendensammlungen für Projekte wie „Ärzte ohne Grenzen“, Landauer Tafel, Mehrgenerationenhaus, . . .

Heute

- für ein friedliches Europa und gegen Aufrüstung
- für einen gerechten Welthandel
- für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland durch mehr soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit in Deutschland?

Arbeitsmarkt

Dumpinglöhne, schlechte Arbeitsbedingungen und Unsicherheit - das sind die neuen Trends auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Maßnahmen wie die Stärkung des Tarifsystems und die Stärkung individueller Beschwerderechte sind dringend nötig!

Krankenkassenbeiträge

Die ungerechten Zusatzbeiträge müssen weg. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer müssen wieder zu gleichen Teilen in die Sozialsysteme einbezahlen!

Altersarmut

Alle Erwerbstätigen sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden, also auch zukünftige Beamte, Selbstständige mit eigenen Versorgungswerken und Abgeordnete!

Gesundheitssystem

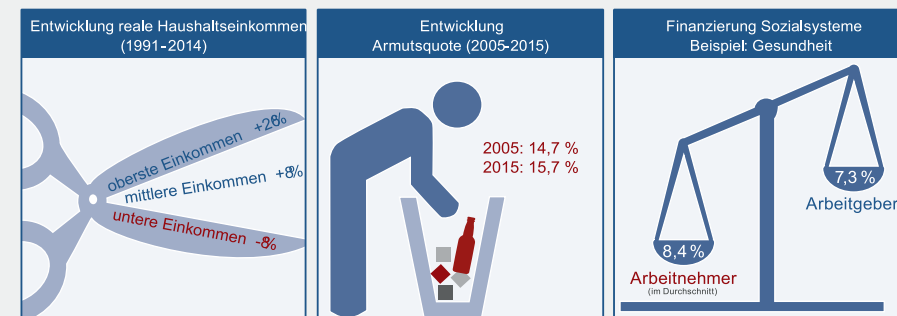
Reformen müssen einen gesundheitlichen Nutzen für die Versicherten bringen und gerecht finanziert sein. Die Versicherten wollen für ihr gutes Geld gute Gesundheitsleistungen. Vorschlag: Die solidarische Bürgerversicherung, die Zweiteilung in gesetzliche und private Krankenversicherung muss ein Ende haben. Ein Solidarsystem für alle: Sozial gerecht und nachhaltig finanziert, die Beiträge zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen, die Versorgung an Qualität und Nutzen orientiert! Österreich zeigt, wie es besser geht.

Hartz IV

Bisherige Gesetzesänderungen sind eine Enttäuschung. Das Hartz IV-System bleibt überwiegend ein Kontrollrecht, mit einem Übergewicht des „Forderns“ gegenüber dem „Fördern“. Die niedrigen Hartz IV-Regelsätze und harten Zumutbarkeits- und Sanktionsregeln werden weiter dazu führen, dass Hartz IV-Beziehende nahezu jedwede Arbeit annehmen müssen. Damit wird der Ausbreitung prekärer Beschäftigung Vorschub geleistet!

Wir fordern die zukünftige Bundesregierung auf, dafür zu sorgen das Arbeit gerecht gestaltet und entlohnt wird und unsere Sozialsysteme von allen Schultern zu gleichen Teilen getragen werden !

Fakten zur sozialen Lage in Deutschland



Grafik: IG Metall SOPOINFO Quelle: DIW Wochenbericht 4/2017; Paritätischer Gesamtverband; Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017; IG Metall SOPOINFO Nr. 34

Schaden vom deutschen Volk abwenden

Drohnen töten täglich in vielen Teilen der Welt unschuldige Zivilisten. Die U.S. Air Base in Ramstein spielt eine Schlüsselrolle bei völkerrechtswidrigen Einsätzen, ohne sie wäre der weltweite Drohnenkrieg unmöglich.

- Die Stationierung von 15 schrottreifen Tankflugzeugen auf der Air Base erhöht das Absturzrisiko dramatisch und damit die Gefahr für Leib und Leben von Hunderttausenden in der Region lebenden Menschen.
- Die Versprühung von krebserregenden Chemikalien beim Landen (Ablassen von Treibstoff) und beim Auftanken gefährdet die Gesundheit der Menschen in der Region.
- Der Ausbau der Air Base ohne Umweltverträglichkeitsprüfung für gefährdete und geschützte Tiere verstößt gegen die deutsche Umweltgesetzgebung.
- Die finanzielle Beteiligung Deutschlands mit 18 Millionen Euro an den mit 95 Millionen Dollar angegebenen Ausbaukosten verstößt gegen die Sozialverpflichtung des Grundgesetzes, werden doch deutlich weniger Arbeitsplätze in der Region geschaffen (vornehmlich militärische für US-Soldaten) als bei einem zivilen Konversionsprogramm. Drei zivilen Arbeitsplätzen stehen (nach vielfältigen Studien) einem militärischem gegenüber.

Jede Erweiterung der Air Base Ramstein muss von einer verantwortungsvoll handelnden Bundesregierung abgelehnt werden.

Notwendig ist stattdessen eine sofortige Schließung der Relaisstation auf der Air Base, um endlich ein Ende der völkerrechtswidrigen Drohneneinsätze von deutschem Boden aus zu erreichen.

Dieses ist der erste Schritt hin zu einer durch ein Konversionsprogramm begleitete Schließung der Air Base. Völkerrechtswidrige Drohneneinsätze widersprechen dem Friedensgebot des Grundgesetzes und sind abzulehnen.

Jetzt ist es endlich Zeit, Schluss zu sagen.

36 Drohneneinsätze in den ersten 45 Tagen der Trump Regierung sind eine Vervierfachung der Einsätze gegenüber dem unverantwortlichen Handeln der Obama Administration (542 Einsätze in 2920 Tagen).

Jeder Einsatz ist einer zu viel und jeder dafür verantwortliche Präsident muss vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt werden.

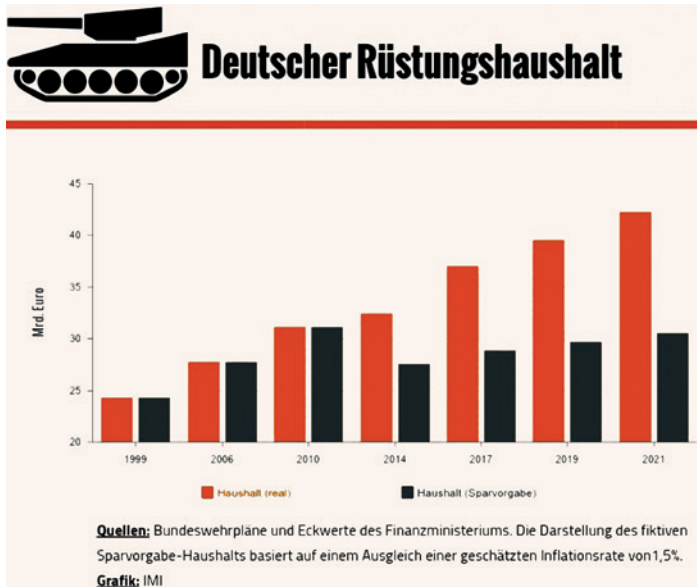
Angesichts der aktuellen Debatte um die Air Base Ramstein sollten wir die Bundesregierung auffordern, endlich ihrem Eid Folge zu leisten und „Schaden vom deutschen Volk ab(zu)wenden“ !!!



Keine Erhöhung des Wehretats

Aufstockung der Mittel für zivile Friedensdienste

Der von der GroKo verbreitete Eindruck, die Bundeswehr sei gesund geschrumpft worden, ist ein Mythos. In Wahrheit wurde der deutsche Militärhaushalt über Jahre aufgestockt. Waren es 1999 noch 24 Milliarden Euro, sind es heute 37 Milliarden. Die vor drei Jahren von den NATO-Staaten beschlossene Erhöhung ihrer Militärausgaben auf 2 % des Bruttoinlandprodukts bedeutet die Erhöhung auf über 60 Milliarden Euro bis 2024.



Für diesen Kurs gibt es keinen Grund. Er dient nur dem Ziel, die Bundeswehr in immer mehr Auslandseinsätze zu bringen. Dafür soll sie massiv aufgerüstet werden: 5 neue Korvetten und neue Mehrzweckkampfschiffe für die Marine, Hunderte modernster Schützen- und Kampfpanzer für das Heer oder das ultrateure Raketenabwehrsystem MEADS u. v. a. m. Dass diese Auslandseinsätze der Bundeswehr wenig Erfolg zeigen, sieht man besonders deutlich am Beispiel Afghanistan.

Im Gegensatz dazu unternimmt die Bundesregierung keinerlei Anstrengungen, das bereits 1970 formulierte Ziel der Vereinten Nationen, 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe aufzuwenden, in die Tat umzusetzen. Mit 10 Milliarden Euro gibt Deutschland gerade mal die Hälfte für Entwicklungshilfe aus. Dabei wäre eine sinnvolle Entwicklungshilfe („Hilfe zur Selbsthilfe“) die weitaus bessere Friedenssicherung. Dadurch könnten viel besser Armut, Umweltzerstörung und Flucht bekämpft und bewaffneten Konflikten vorgebeugt werden. Seit Aussendung der ersten Friedensfachkräfte 1999 hat sich der zivile Friedensdienst (ZFD) zu einem Erfolgsmodell für Gewaltprävention und Friedensförderung entwickelt. In Zeiten zunehmender Gewaltkonflikte in der Welt muss der ZFD dringend weiter ausgebaut werden. Trotzdem wurde die geplante, deutliche Steigerung der Militärausgaben durchgesetzt. Das Missverhältnis zwischen Militärausgaben und Investitionen in zivile Friedenspolitik nimmt somit auch mit dem Bundeshaushalt 2017 weiter zu.

Wir fordern: Mehr Geld für den Frieden, weniger Geld fürs Militär!

Gerechte Steuerpolitik

Klar ist, unser Land braucht Einnahmen, jede Bürgerin und Bürger hat ja auch was davon. Eine gute Infrastruktur, Schulen, öffentliche Dienstleistungen und Einrichtungen sind für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft wichtig.

Bei Geringverdienern in Deutschland fällt die prozentuale Gesamtbelastung durch Steuern insgesamt ähnlich aus wie beim obersten Fünftel. Das Vermögen der Menschen in Deutschland ist ungleich verteilt, daran ist die Steuerpolitik mitschuldig. Niedrigverdiener und mittlere Einkommen müssen entlastet werden.

Die Steuerreformen der vergangenen 20 Jahre haben das Problem verschärft.

Die Mehrwertsteuer muss gesenkt werden, die indirekten Steuern belasten die Ärmsten am stärksten.

Die stärksten Schultern werden geschont

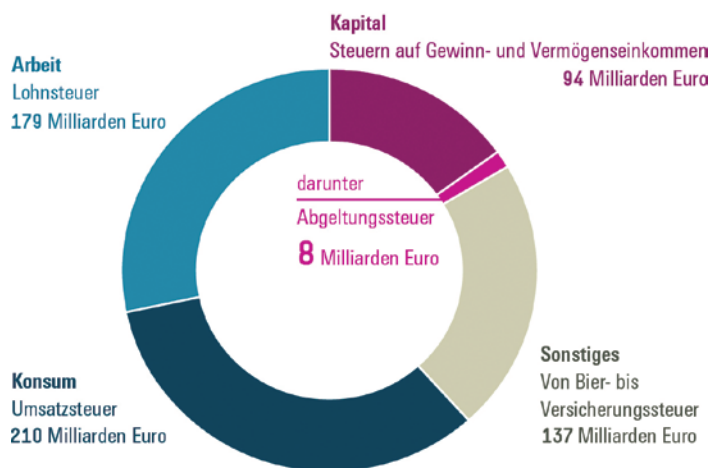
So sollte die pauschale Abgeltungssteuer abgeschafft werden, damit Kapitaleinkommen nicht mehr gegenüber Arbeitseinkommen bevorzugt werden.

Mit einer Vermögenssteuer und einer Anhebung von Erbschafts- und Schenkungssteuer könnte für eine stärkere Umverteilung von oben nach unten und damit für mehr soziale Gerechtigkeit gesorgt werden.

Seit 2009 müssen Steuerpflichtige in Deutschland nie mehr als 26,4 Prozent ihrer Kapitaleinkünfte an den Fiskus abgeben.

Konsum und Arbeit am stärksten besteuert

So viel erhielt der Staat 2015 durch Steuern auf ...



Quelle: BMF 2016 Grafik zum Download: bit.do/impuls0348

Hans Böckler Stiftung

So werden heute auch für Millionäre nicht mehr als 25 Prozent plus Solidaritätszuschlag – zusammen 26,4 Prozent – fällig.

Wählen Sie eine Partei, die sich dafür einsetzt, dass die Arbeitseinkommen entlastet werden und Kapitaleinkünfte höher besteuert werden!

ViSdP: AK-Frieden, Mühlstraße 12, 76879 Essingen

US-Army will Gefahrstofflager erweitern

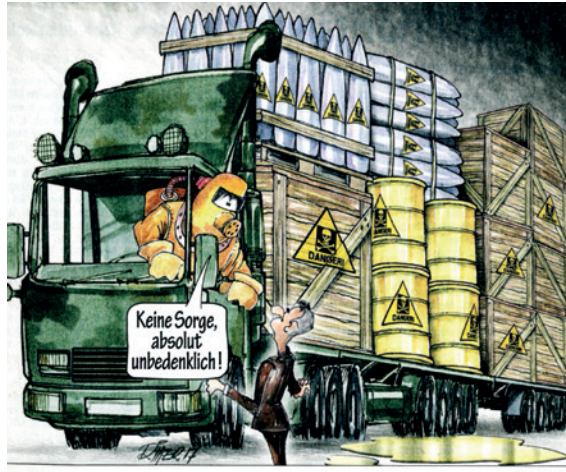
Der Rheinpfalz vom 23. März 2017 können wir entnehmen: Die Kapazität des Gefahrstofflagers auf dem Gelände des US-Depots soll von bisher 70 auf 1900 Tonnen erweitert werden. In einem Gebäude sollen unter anderem zum Teil sehr giftige, brennbare und ätzende Stoffe beziehungsweise Gemische gelagert werden. Die Stoffe kommen aus den USA, werden hier gelagert und dann zu US-Truppen gefahren.

Sofern die Genehmigung erteilt wird, soll die Anlage so schnell wie möglich in Betrieb genommen werden, heißt es in einer Mitteilung der Kreisverwaltung. Wie lange die Stoffe gelagert werden sollen, sei der Kreisverwaltung nicht bekannt. Die gelisteten Stoffe dienen der Versorgung der amerikanischen Truppen. Sie würden aus Amerika geliefert und von Germersheim aus in Containern auf Lastwagen verteilt. Laut Kreisverwaltung wurde festgestellt, dass es zur Genehmigung des Vorhabens keiner Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf, weil ja keine nachteiligen Umweltauswirkungen zu befürchten seien!!!

Zu lagernde Gefahrstoffe:

- **2-Methoxyethanol** = Lösungsmittel
- **Dimethylsulfat** = sehr giftige Flüssigkeit
- **Cadmiumfluorid** = krebserzeugend, erbgutverändernd fortpflanzungsgefährdend
- **Formanid** = fortpflanzungsgefährdend
- **Cadiumsulfid** = krebserregend
- **Anthracen** = giftiger Feststoff
- **Schwefelsäure** = stark ätzend
- auch andere hier nicht genannte Substanzen könnten eingelagert werden.

Dies ist eine nicht akzeptable Gefahr aller Bürger im Umkreis, die unbedingt abgelehnt werden muss.



Eine mehr als 27-fache Vergrößerung von 70 auf 1900 Tonnen!

Das alles soll aus USA angeliefert und auf LKWs umgeladen wieder im Land verteilt werden.

So ist z.B. Dimethylsulfat eine hochgiftige, mutagene,

ne, beim Einatmen tödliche und auch die gesunde Haut durchdringende Substanz, die nur in der chemischen Industrie unter Einhaltung streng kontrollierter Bedingungen benutzt wird. Die US-Armee betreibt aber offiziell keine chemischen Fabriken in Europa. Da stellt sich doch die Frage, wozu dieses Gift benutzt werden soll

Wir Bürger der Südpfalz sollten sich mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen dieses Vorhaben der US-Armee wehren und auch unsere Mandatsträger hierbei mit einbeziehen.

Diplomatie statt Hochrüstung

Viele Menschen wollen keine Nachrichten mehr sehen und hören. Konflikte, Kriege und Bürgerkriege überall auf der Welt. Selbst in Europa sind Kriege wieder möglich geworden. Vergessen ist der erste NATO-Krieg in Europa. 1999 gegen Serbien, mit dem Ziel, den damaligen Präsidenten Serbiens Milosevic zu stürzen. Erstmals beteiligten sich Bundeswehrosoldaten nach 1945 an einem Krieg. Heute räumt der damalige SPD-Kanzler die Völkerrechtswidrigkeit dieser Aktion ein.

Mit militärischen Interventionen werden unbeliebte Staatschefs weggefegt. Die Kriege gegen Afghanistan, Irak und Libyen stürzten aber nicht nur Herrscher, sondern schufen ein Chaos, aus dem die Menschen nur noch in der Flucht ein Entkommen sehen.

Deutschland kostete allein der Afghanistan-Krieg bisher 55 Menschenleben und neun Milliarden Euro (Rheinpfalz, 4. Mai 2017). Wenn der Afghanistan-Konflikt weiter geht, prophezeit die Rheinpfalz, werden „Hunderttausende weiter versuchen, der Hoffnungslosigkeit durch Migration in den Westen zu entgehen“.

Deutsche Truppen stehen zum ersten Mal nach 1945 auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion. Sind russische Soldaten nach der Wende 1989 friedlich aus Deutschland abgezogen, so reicht die NATO heute an russische Grenzen.

In dieser Situation werden die Militäretats der NATO-Staaten erhöht. Wenn der Militärhaus-

halt entsprechend den NATO-Beschlüssen auf 2 % des Bruttonationalprodukts erhöht werden, gibt Deutschland fast 70 Milliarden für das Militär aus. Damit werden nicht nur neue Waffensysteme angeschafft, sondern auch die Auslandseinsätze in Afrika, in Osteuropa an der Grenze zu Russland finanziert.

2016 erklärte der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Breedlove vor dem Repräsentantenhaus, die USA seien bereit in Europa gegen Russland Krieg zu führen und es zu besiegen. Die Betonung liegt wohl auf Europa. Und einen atomaren Krieg schließt das

nicht aus. Allerdings nicht auf dem Boden der USA.

Darum:

Wählen Sie nur Parteien, die sich gegen eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr sind, die Deutschland nicht im Hintertusch oder anderswo verteidigen, sondern sich gegen Auslandseinsätze aussprechen, die Außenpolitik mit friedlicher Diplomatie betreiben und eine Aussöhnungspolitik mit Russland verfolgen wollen.

Milliarden fürs Militär

Staaten mit den höchsten Militärausgaben im Jahr 2016 in Milliarden Dollar	Veränderung seit 2007 in %
USA	611 Mrd. Dollar - 5
China	215 ¹⁾ + 118
Russland	69,2 + 87
Saudi-Arabien	63,7 ¹⁾ + 20
Indien	55,9 + 54
Frankreich	55,7 + 3
Großbritannien	48,3 - 12
Japan	46,1 + 3
Deutschland	41,1 + 7
Südkorea	36,8 + 35
Italien	27,9 - 16
Australien	24,6 + 29
Brasilien	23,7 + 18
V. A. Emirate	22,8 ¹⁾²⁾ + 123
Israel	18,0 + 19